LATEINAMERIKA 24.09.2026 | Sandra Weiss

Trumps letzter Gegner

Brasilien wird zum Schlüsselstaat in Trumps Lateinamerika-Strategie. Bei der Wahl entscheidet sich, wie viel Eigenständigkeit der Region bleibt.

Im April reiste André Marinho, ein enger Vertrauter des rechten brasilianischen Präsidentschaftskandidaten Flávio Bolsonaro, in die USA und traf dort Vizepräsident J. D. Vance. Im Gepäck hatte er ein 22-seitiges Strategiepapier mit einem ehrgeizigen Vorschlag: Sollte Bolsonaro Präsident werden, wolle Brasilien seine riesigen Vorkommen an Seltenen Erden und anderen kritischen Mineralien stärker für die USA nutzbar machen – als Teil einer strategischen Allianz gegen Chinas Dominanz bei der Rohstoffverarbeitung. Das Papier sah unter anderem beschleunigte Genehmigungsverfahren und eine engere Integration der brasilianischen Rohstoffindustrie in westliche Lieferketten vor.

Anfang Oktober wird in Brasilien ein neuer Präsident gewählt. Die Kandidaten sind altbekannt und liegen laut Umfragen mehr oder weniger gleichauf: Zum dritten Mal wird für das rechte politische Spektrum ein Bolsonaro auf dem Stimmzettel stehen. Diesmal Sohn Flávio, nachdem sein Vater Jair wegen eines Putschversuchs zu 27 Jahren Haft verurteilt wurde. Für das progressive Lager kandidiert Amtsinhaber Lula da Silva, mittlerweile 80, um eine historische vierte Amtszeit. Aber die obige Anekdote zeigt: Diese Wahl ist weitaus mehr als ein Duell zweier Lager, die sich seit Jahren feindlich gegenüberstehen. Als dritter, mächtiger Akteur agieren die USA im Hintergrund.

Über der Wahl schwebt Donald Trump – und mit ihm ein geopolitisches Projekt. Im globalen Wettlauf mit China geht es Washington darum, den „lateinamerikanischen Hinterhof“ wieder unter Kontrolle zu bringen. Die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ vom Dezember 2025 – die sogenannte Donroe-Doktrin – formuliert das unverblümt: Trump will die US-amerikanische „Präeminenz in der westlichen Hemisphäre“ wiederherstellen und Rivalen den Zugriff auf strategische Ressourcen verwehren.

Damit war er innerhalb kürzester Zeit beachtlich erfolgreich. Mit persönlichen Postings mischte sich Trump auf sozialen Medien in fremde

Wahlkämpfe ein, wie beispielsweise in Honduras. In Argentinien ließ er seinen Favoriten Milei vor einer entscheidenden Wahl mit Krediten unterstützen. Und in mittlerweile vielen Ländern operiert ein Heer von PR-Desinformationsstrategen mit direktem Draht nach Washington – etwa der neulich in Bolivien wegen eines Mordversuchs festgenommene Argentinier Fernando Cerimedo. Dessen Bot-Fabriken unterstützten nicht nur die Bolsonaros und Milei, sondern auch die aktuellen rechten Präsidenten von Bolivien und Honduras.

So sind in den vergangenen Monaten alle Wahlen in Lateinamerika zugunsten rechter Kandidaten entschieden worden – wenn auch oft nur sehr knapp. Gelänge das nun auch in Brasilien, wäre das für Washington ein weiterer wichtiger Etappensieg.

Über der Wahl schwebt Donald Trump – und mit ihm ein geopolitisches Projekt.

Denn mal abgesehen vom winzigen Uruguay, das von einem progressiven Präsidenten regiert wird, leistet in Südamerika nur noch ein Land dem Trump'schen Hegemonialanspruch Widerstand: „Só sobrou o Brasil" – „Jetzt bleibt nur noch Brasilien übrig" –, wie es der brasilianische Politikwissenschaftler Octavio Amorim Neto von der *Fundação Getulio Vargas* auf den Punkt bringt. Als Kronjuwel dieser Strategie gilt Lateinamerikas größte Volkswirtschaft aus gutem Grund.

Brasilien verfügt mit rund 21 Millionen Tonnen über die zweitgrößten Vorkommen an Seltenen Erden weltweit. Dazu kommen seine Offshore-Ölreserven im Atlantik, immense Landflächen in Amazonien und im Cerrado sowie eines der größten Süßwasservorkommen weltweit, das Guaraní-Aquifer. Wer in Brasilia regiert, entscheidet mit, wer größeren Zugriff auf diese Rohstoffe erhält.

Was Washington besorgt: China hat die Nase vorn. Das Land ist nicht nur der wichtigste Außenhandelspartner Brasiliens, sondern baut mittlerweile auch strategische Infrastruktur wie Züge, Häfen, Satelliten sowie Strom- und Mobilfunknetze. Beide Länder wickeln ihren Handel zudem nicht in US-Dollar, sondern in ihren eigenen Währungen ab und treiben als Partner der BRICS-Staaten eine Alternative zum dollarzentrierten Zahlungssystem voran. Das bedroht aus Sicht Trumps die Dollar-Hegemonie im internationalen Zahlungssystem. Wütend ist Trump auch über das digitale Zahlungssystem der brasilianischen Zentralbank, Pix genannt: Es wurde innerhalb kürzester Zeit so populär, dass es die von US-Konzernen dominierten Kreditkartenzahlungen überflügelt hat.

Für all das hat Trump Brasilien mit Strafzöllen belegt – obwohl die USA seit 15 Jahren einen kumulierten Handelsbilanzüberschuss von über 40 Milliarden Dollar mit dem Land erwirtschaften. Ökonomisch ist das schwer zu begründen, politisch folgt die Maßnahme aber einer erkennbaren Logik: Das Ziel ist nicht wirtschaftlicher Art, sondern die Disziplinierung eines widerspenstigen Partners mittels Zollkeule. Auffällig ist zudem die parteipolitische Schlagseite der Maßnahme: Die Zollliste verschont gezielt jene Agrar- und Energiesektoren, deren Eliten ohnehin Bolsonaro- und USA-freundlich sind. Getroffen wird dagegen die wertschöpfungsintensive Industrie – also jener Wirtschaftssektor, der traditionell dem Lulismus nahesteht.

Das legt nahe: Im Visier hat Washington den amtierenden Präsidenten von der linken Arbeiterpartei. Lula da Silva ist ein Staatsmann der alten Schule und auf außenpolitische Autonomie bedacht, wie es in der Diplomatie Brasiliens Tradition hat. Über BRICS, G20 und die Ausrichtung des letzten Klimagipfels COP30 verfolgt er eine Politik der „aktiven Blockfreiheit“ – Handel mit allen, Bindung an niemanden. Sichtbar wurde das zuletzt beim Ausbau der KI-Infrastruktur: Die Aufträge wurden bewusst zwischen chinesischen Anbietern wie Huawei und US-Konzernen wie Nvidia aufgeteilt. Doch genau diese Äquidistanz wertet Washington als verdeckte Parteinahme für Peking.

Ganz anders aufgestellt hat sich der Bolsonaro-Clan. Die Familie – lange vor allem für den extravaganten Kongress-Hinterbänkler Jair und für dubiose Geschäfte mit kriminellen rechten Milizen im Bundesstaat Rio de Janeiro bekannt – schmiedete schon 2018 eine Allianz mit der neuen US-Rechten rund um Trump. Carlos – ein Bruder Flavios – arbeitete während der Amtszeit des Vaters eng mit Trumps Wahlkampfstrategen wie Steve Bannon zusammen, um ein rechtes Desinformationsnetzwerk in Brasilien aufzubauen. Ein weiterer Bruder, Eduardo, verbringt die meiste Zeit in den USA als informeller Verbindungsmann zur Trump-Regierung und als Lobbyist.

Das Lager selbst rechtfertigt die enge Anbindung an Washington wirtschaftlich: Man wolle Brasiliens angeblich einseitige Abhängigkeit von China verringern, ausländische Investitionen und Technologietransfer ins Land holen und die heimische Rohstoffindustrie – bislang oft nur Rohexporteur – stärker an der Wertschöpfung beteiligen. Eine Diversifizierung der Partnerschaften, heißt es, liege im nationalen Interesse. Kritiker halten dem entgegen, dass die Bodenschätze verfassungsrechtlich dem Staat gehören und mehrere der bereits verhandelten Rohstoffabkommen – etwa im Bundesstaat Goiás – ohne Einbindung der Bundesregierung geschlossen wurden.

Nicht trotz, sondern *weil* die Bolsonaro-Familie in zahlreiche Prozesse und dunkle Geschäfte verwickelt ist, ist sie aus Sicht Trumps ein idealer – da erpressbarer – Partner. Was auf dem Spiel steht, geht aber über Brasilien hinaus. Der chilenisch-argentinische China-Experte Francisco Urdinez warnt, dass die Wahl für Nachbarn wie Uruguay langfristig folgenreicher sein dürfte als die US-Zwischenwahlen – weil Brasilien den wirtschaftlichen und politischen Takt im Cono Sur, dem südlichen Teil Südamerikas, vorgibt. Fällt die letzte große Regionalmacht, die noch eigene Handlungsspielräume auszuhandeln versucht, bleiben kleineren Staaten kaum noch Optionen jenseits der Anlehnung an Washington oder Peking. Was die USA also in Brasilien beerdigen wollen, ist die Option der „aktiven Blockfreiheit" für Lateinamerika.

Die Wahl ist auch ein Test dafür, wie viel Souveränität in einer Weltordnung noch möglich ist, in der Politik, Familienclans und private Geschäftsinteressen zunehmend verschmelzen.

Jenseits dieses großen geopolitischen Spiels um Bündnisse und Rohstoffe gibt es aber noch eine zweite, informellere Ebene: eine private Geopolitik, in der es nicht um Ideologie, sondern um Geschäfte geht. Brasiliens Agrarexport-Kapital ist mittlerweile global so mächtig und so tief mit den USA verwachsen, dass es seiner eigenen Logik folgt – unabhängig davon, wer gerade in Brasilia oder Washington regiert. Die Batista-Brüder vom Fleischgiganten JBS beherrschen dieses Spiel wie kaum jemand sonst: In Brasilien 2017 wegen Bestechung von fast 1 900 Politikern verurteilt zu 10,3 Milliarden Real Strafe – die ein Richter Ende 2023 erst einmal aussetzte –, kassierte ihr Konzern gleichzeitig über Jahre Milliarden an Krediten der staatlichen Entwicklungsbank BNDES. Egal, wer in Brasilien regiert – die Batistas finden einen Draht.

In den USA wiederholt sich das Muster: Ihre Tochterfirma Pilgrim's Pride überwies im Januar 2025 die größte Einzelspende an Trumps Antrittskomitee. Mit fünf Millionen Dollar fiel die Spende sogar höher aus als die von Meta oder Amazon. Wenig später setzte Washington die Durchsetzung des Antikorruptionsgesetzes FCPA aus, kurz darauf bekam JBS nach zehn Jahren endlich grünes Licht für seinen Börsengang in New York.

Seither ist Joesley Batista auch politisch einflussreich: Er vermittelte etwa informell im Handelsstreit und war Drahtzieher hinter dem bilateralen Treffen zwischen Lula und Trump im Weißen Haus in Washington. Kurz vor der US-Intervention in Venezuela flog er mit dem Privatjet

nach Caracas, um den venezolanischen Machthaber Nicolás Maduro zu einem friedlichen Machtverzicht zu bewegen – in wessen Auftrag, ist unklar.

Diese private Kumpel-Diplomatie wird von der Trump-Regierung aktiv befördert. Sie entspricht nicht nur Trumps Stil, sondern auch den Zielen der neuen Rechten: Sie ist reaktiv und erratisch, unterhöhlt langfristige geopolitische Strategien, stellt Unternehmensinteressen in den Vordergrund, marginalisiert professionelle Diplomaten und reduziert damit die Fähigkeit von Staaten und Gesellschaften, eigene Ziele zu verfolgen.

Die Wahl in Brasilien ist damit auch ein Test dafür, wie viel Souveränität in einer Weltordnung noch möglich ist, in der Politik, Familienclans und private Geschäftsinteressen zunehmend verschmelzen.



Sandra Weiss
Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.